

Fraktionsanfrage SVP betreffend Fachbefreiung vom Fremdsprachenunterricht im Ausnahmefall auf der Realstufe

Am 23. September 2018 fand die Abstimmung über die Fremdspracheninitiative statt. In der Diskussion wurde mehrfach nach einer unbürokratischen Abwahlmöglichkeit von Fremdsprachen für überforderte Schülerinnen und Schüler (SuS) im Sinne einer individuellen Förderung gefordert. Es ist jedoch auch eine Tatsache, dass mit der Einführung des Lehrplans 21 keine Fachbefreiungsmöglichkeiten mehr für SuS in den Fremdsprachen auf der Realstufe bestehen.

Als Einzelfallregelung sollte jedoch in gut begründeten Fällen eine Fachbefreiung möglich sein, vor allem bei SuS mit individueller Förderung mit Lernzielanpassung. Eine Fachbefreiung entspräche in diesem Falle der grösstmöglichen Lernzielanpassung/Förderung.

Wenn SuS bereits grosse Mühe haben, die Grundanforderungen in der Erstsprache und den mathematischen Fächern zu erreichen (oder SuS haben auch bereits in beiden Fächern Lernzielanpassungen), dann sollte der Abschluss der Realschule mindestens ermöglichen, dass diese Jugendlichen eine Attestlehre machen können. In dieser beruflichen Grundbildung mit Berufsattest (EBA) werden aber keine Fremdsprachenkenntnisse verlangt. Deshalb kann es wohl pädagogisch sinnvoll sein, für einzelne SuS mit Lernzielanpassungen oder in Spezialfällen auch für SuS ohne Lernzielanpassungen (z.B. mit Migrationshintergrund), vor allem die Kompetenzen in den Hauptfächern Mathematik und Erstsprache zu stärken.

Bis anhin wurde diese Fachbefreiung in Absprache mit der Schulleitung und mit dem Fokus auf das pädagogische Handeln, nämlich die bestmögliche Förderung des Schülers zu erreichen, ermöglicht.

Neu muss ein Dispensationsgesuch der Erziehungsberechtigten via Schulleitung dem Schulinspektorat eingereicht werden. Es muss mit einer Bearbeitungsdauer des Gesuches im besten Falle von rund 2 Wochen gerechnet werden.

Die Formulierung des Dispensationsgesuches dürfte jedoch gerade für Erziehungsberechtigte mit Migrationshintergrund grösste Schwierigkeiten darstellen, sodass nicht nur die Einreichung des Gesuches mit Stellungnahme durch die Schulleitung, sondern auch die effektive Formulierung des Gesuches der Schulleitung zufallen wird.

1. Erachtet die Regierung es ebenfalls als wichtig, dass die Schulleitungen in den drei Jahren Umsetzungszeit des Lehrplans 21 ihren Handlungsspielraum zum Sammeln von Erfahrungswerten nutzen?
2. Ist die Regierung bereit zu prüfen, die Verschiebung der Entscheidungskompetenz Befreiung bzw. Dispensation von Fremdsprachenunterricht im Sinne der bestmöglichen individuellen Förderung von der Ebene bisher Schulleitung zu neu Schulinspektorat, wieder rückgängig zu machen?
3. Teilt die Regierung die Haltung, dass in begründeten Einzelfällen und im Sinne der bestmöglichen pädagogischen Förderung eine Fachbefreiung vom Fremdsprachenunterricht auch bei SuS ohne Lernzielanpassung sinnvoll sein kann (z.B. spätimmigrierte Jugendliche)?

Chur, 12. Februar 2019

Favre Accola, Hug, Brandenburger, Della Cà, Dürler, Gort, Koch, Salis, Weber, Jegen, Renkel



Sitzung vom

23. April 2019

Mitgeteilt den

24. April 2019

Protokoll Nr.

296

Fraktionsanfrage SVP

betreffend Fachbefreiung vom Fremdsprachenunterricht im Ausnahmefall auf der
Realstufe

Antwort der Regierung

Die "Abwahl von Fremdsprachen im Pflichtfachbereich" war bis zu diesem Schuljahr für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I gemäss den damals geltenden kantonalen Vorgaben als Ausnahme möglich, wobei sich diese Abwahl in erster Linie auf Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Integrativen Förderung mit Lernzielanpassung beschränken sollte. Der Schulrat konnte die Abwahl auf Antrag der Erziehungsberechtigten bewilligen. Diese Abwahlmöglichkeit wurde von den Schulträgerschaften sehr unterschiedlich gehandhabt. In einigen Schulen mit deutschsprachigem Lehrplan wurde die Abwahl der 1. Fremdsprache Italienisch für einen ansehnlichen Teil der Realschülerinnen und -schüler bewilligt und in Schulen mit italienischsprachigem Lehrplan wählte rund die Hälfte der Schülerschaft die 2. Fremdsprache Englisch ab. Demgegenüber kam es in Schulen mit romanischsprachigem Lehrplan nur vereinzelt zur Abwahl des Faches Englisch. Aufgrund der diversen Abwahlmöglichkeiten von Pflichtfremdsprachen während der drei Schuljahre auf der Sekundarstufe I sowie der uneinheitlichen Umsetzungen in den Schulträgerschaften verfügten die Schülerinnen und Schüler der Volksschule an der Schnittstelle zur Sekundarstufe II über sehr unterschiedliche Fremdsprachenvorkenntnisse. Mit der Einführung des Lehrplans 21 GR auf Beginn des Schuljahr 2018/19 wurde das Prinzip der gleichwertigen Behandlung aller Pflichtfächer eingeführt und die Abwahlmöglichkeiten für die Pflichtfremdsprachen aufgehoben. Der aktuelle Lehrplan definiert neu Grundansprüche für die vier Fachbereiche "Mathematik", "Schulsprache", "1. Fremdsprache" und "Natur, Mensch, Gesellschaft". Die Schule als Institution und die Lehrpersonen haben den Auftrag, die Erreichung dieser Grundansprüche im Unterricht zu ermöglichen.

Die "Befreiung von einzelnen Fächern" ist seit dem Inkrafttreten des totalrevidierten Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz; BR 421.000) am 1. August 2013 sowohl auf der Primarstufe als auch auf der Sekundarstufe I für

Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Integrativen Förderung mit Lernzielanpassung möglich. Gemäss Art. 48 Abs. 2 der Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung; BR 421.010) ist dafür eine Bewilligung des Amtes notwendig. Diese Bewilligung erfolgt im Rahmen eines unbürokratischen, kantonal standardisierten Verfahrens innerhalb von maximal zwei Arbeitswochen. Die Erziehungsberechtigten ersuchen mit einem kurzen Schreiben um eine Fachbefreiung für ihr Kind beim regionalen Schulinspektorat. Dieses klärt ab, ob die Schule zusammen mit den Eltern die Notwendigkeit einer Fachbefreiung gemäss den kantonalen Vorgaben besprochen hat und ob eine schulische Ersatzlösung während der ausfallenden Lektionen gewährleistet ist.

Zu Frage 1: Wie oben ausgeführt, sind die Erfahrungswerte im Zusammenhang mit der Abwahl von Pflichtfremdsprachen auf der Ebene der Einzelschule bekannt. Bei Bedarf wird das Amt für Volksschule und Sport von den Schulen Informationen über die in den nächsten Jahren gemachten Erfahrungen hinsichtlich der abgeschafften Abwahlmöglichkeit von Pflichtfremdsprachen einholen.

Zu Frage 2: Für die "Befreiung von einzelnen Fächern" als weitestgehende Lernzielanpassung für integrativ geförderte Schülerinnen und Schüler verlangt Art. 48 Abs. 2 Schulverordnung eine Bewilligung des Amtes. Das Amt für Volksschule und Sport hat diese Aufgabe an die schulnahen, regionalen Bezirksinspektorate delegiert. Das kantonal standardisierte Bewilligungsverfahren hat sich bewährt. Eine Rückkehr zum System der Abwahlmöglichkeit im Pflichtfremdsprachenbereich ist nach Auffassung der Regierung nicht zielführend, weshalb an der geltenden Rechtslage festzuhalten ist.

Zu Frage 3: Eine Befreiung vom Unterricht in den Pflichtfremdsprachen ist gemäss der einschlägigen Schulgesetzgebung ausschliesslich für integrativ geförderte Schülerinnen und Schüler mit Lernzielanpassung möglich. Schwächere Schülerinnen und Schüler ohne Lernzielanpassung sind auf einen differenzierten Unterricht, der die Grundansprüche des Lehrplans berücksichtigt, angewiesen. Für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler gelten besondere Bestimmungen, welche individuelle Lösungen für die Pflichtfremdsprachen zugunsten der Schulsprache auf Schulebene zulassen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda da la fracziun da la PPS concernent la deliberaziun da l'instrucziun da linguas estras en cas excepziunals sin il stgalim real

Ils 23 da settember 2018 ha gi lieu la votaziun davart l'iniziativa da linguas estras. En la discussiun è vegnida pretendida pliras giadas ina pussaivladad nunbirocratica d'ina nunelecziun da linguas estras per scolaras e scolar (SeS) surdumandads en il senn d'ina promoziun individuala. Igl è però er in fatg che cun l'introducziun dal Plan d'instrucziun 21 n'existan naginas pussaivladads pli per deliberar SeS da las linguas estras sin il stgalim real.

Sco regulaziun dal cas singul stuessi però esser pussaivel da deliberar SeS dal rom respectiv en cas motivads, oravant tut SeS che survegnan ina promoziun integrativa individuala cun adattaziun da las finamiras da l'instrucziun. Ina deliberaziun dal rom correspundess en quest cas a l'adattaziun da las finamiras da l'instrucziun/a la promoziun la pli gronda pussaivla.

Sche SeS han gia gronda fadia d'ademplier las pretensiuns fundamentalas en l'emprima lingua ed en ils roms matematics (u sche las finamiras da l'instrucziun èn gia adattadas en quests dus roms per SeS), stuess l'attestat final da la scola reala almain pussibilitar a quests giuvenils da pudair far in emprendissadi cun attest. En questa furmaziun fundamentala professiunala cun attest federal (AFP) na vegnan però pretendidas naginas enconuschientschas da linguas estras. Pervia da quai poi bain esser pedagogicamain raschunaivel per singuls SeS cun adattaziun da las finamiras da l'instrucziun u en cas spezials er per SeS senza adattaziun da las finamiras da l'instrucziun (p.ex. sch'els derivan da famiglias immigradas) da rinforzar oravant tut las cumpetenzas en ils roms principals matematica ed emprima lingua.

Fin ussa è questa deliberaziun dal rom vegnida pussibilitada en cunvegrientscha cun la direenziun da la scola e cun il focus sin l'agir pedagogic, particularmain da cuntanscher la promoziun la meglra pussaivla per la scolara u il scolar.

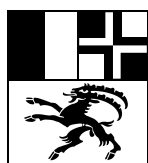
Da nov ston las personas responsablas per l'educaziun inoltrar ina dumonda da dispensaziun sur la direenziun da la scola a l'inspecturat da scola. I sto vegnir fatg quint cun ina durada d'elavuraziun da la dumonda da circa 2 emnas en il megljer cas.

La formulaziun da la dumonda da dispensaziun dastgass però chaschunar gist a personas responsablas per l'educaziun immigradas difficultads fitg grondas, uschia che betg mo l'inoltraziun da la dumonda cun la posiziun da la direenziun da la scola, mabain er la formulaziun effectiva da la dumonda vegn ad esser chausa da la direenziun da la scola.

1. Resguarda la regenza medemamain sco impurtant che las direenziuns da scola possian duvrar lur libertad d'agir durant ils trais onns dal temp da realisaziun dal Plan d'instrucziun 21 per far experientschas?
2. È la regenza pronta d'examinar la revocaziun dal spustament da la cumpetenza da decider per deliberar resp. per dispensar SeS da l'instrucziun da linguas estras en il senn da la promoziun individuala la meglra pussaivla dal plaun vertent da la direenziun da la scola – da nov – a l'inspecturat da scola?
3. Sustegna la regenza la tenuta ch'i possa esser raschunaivel en singuls cas motivads ed en il senn da la promoziun pedagogica la meglra pussaivla da deliberar da l'instrucziun da linguas estras er SeS senza adattaziun da las finamiras da l'instrucziun (p.ex. giuvenils pli vegls immigrads)?

Cuira, ils 12 da favrer 2019

Favre Accola, Hug, Brandenburger, Della Cà, Dürler, Gort, Koch, Salis, Weber, Jegen, Renkel



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

23 d'avrigl 2019

24 d'avrigl 2019

296

Dumonda da la fracziun da la PPS

concernent la deliberaziun da l'instrucziun da linguas estras en cas excepziunals sin
il stgalim real

Resposta da la regenza

Tenor las prescripziuns chantunalas che valevan quella giada han scolaras e scolars pudì "nuneleger" fin a quest onn da scola sco excepziun linguas estras en il sector dals roms obligatorics dal stgalim secundar I. En quest connex fiss questa "nunelecziun" stada limitada en emprima lingua a scolaras e scolars en il rom da la promoziun integrativa cun adattaziun da las finamiras da l'instrucziun. Il cussegl da scola pudeva permetter la nunelecziun sin dumonda da las persunas responsablas per l'educaziun. Questa pussaivladad da "nunelecziun" è vegnida tractada en moda fitg differenta dals purtaders da scola. En tschertas scolas cun plan d'instrucziun tudestg è la "nunelecziun" dal talian sco emprima lingua estra vegnida permessa ad ina gronda part da las scolaras realas e dals scolars reals, ed en scolas cun in plan d'instrucziun talian ha circa la mesadad da las scolaras e dals scolars "nunelegì" l'englais sco segunda lingua estra. Percunter è il rom englais vegnì "nunelegì" mo en singulas scolas cun in plan d'instrucziun rumantsch. Pervia da questas differentas pussaivladads da "nuneleger" linguas estras obligatoricas durant ils trais onns da scola dal stgalim secundar I sco er pervia da l'applicaziun betg unitara tar ils purtaders da scola avevan las scolaras ed ils scolars da la scola populara enconuschentschas preliminaras fitg differentas da linguas estras, cur ch'ellas ed els èn passads al stgalim secundar II. Cun l'introducziun dal Plan d'instrucziun 21 GR per il cumenzament da l'onn da scola 2018/19 è vegnì introducì il princip dal tractament egal da tut ils roms obligatorics e la pussaivladad da "nuneleger" las linguas estras obligatoricas è vegnida abolida. Il plan d'instrucziun actual definescha da nov competenzas da basa per ils quatter champs "matematica", "lingua da scola", "1. lingua estra" e "natira, uman e societad". La scola sco instituziun e las persunas d'instrucziun han l'incumbensa da pussibilitar che quests competenzas da basa vegnian cuntanschidas cun l'instrucziun.

Dapi l'entrada en vigur da la revisiun totala da la lescha davart las scolas popularas dal chantun Grischun (lescha da scola; DG 421.000) il 1. d'avust 2013 èsi pussaivel – tant sin il stgalim primar sco er sin stgalim primar e stgalim secundar I – da delibe-

rar scolaras e scolaras da singuls roms, e quai en il rom da la promoziun integrativa cun adattaziun da las finamiras da l'instrucziun. Tenor l'art. 48 al. 2 da l'ordinaziun tar la lescha da scola (ordinaziun da scola; DG 421.010) dovri per quai ina permissiun da l'uffizi. Questa permissiun vegn concedida en il rom d'ina procedura nun-birocratica e standardisada en il chantun entaifer maximalmain 2 emnas da lavur. Las personas responsablas per l'educaziun dumondan cun ina curta brev la deliberaziun dal rom per lur uffant tar l'inspecturat da scola regiunal. Quel sclerescha, sche la scola ha discutà ensemen cun ils geniturs la necessitad d'ina deliberaziun dal rom tenor las prescripziuns chantunalas e sch'ina soluziun substitutiva da scola è garantida durant las lecziuns che crodan ora.

Tar la dumonda 1: Sco explitgà qua survart èn enconuschentas las valurs d'experiences en connex cun la "nunelecziun" da linguas estras obligatoricas sin plaun da las singulas scolas. En cas da basegn vegn l'uffizi per la scola populara ed il sport a sa procurar infurmaziuns da las scolas davart las experiences che vegnan atgas durant ils proxims onns areguard l'aboliziun da la pussaivladad da "nunelecziun" da linguas estras obligatoricas.

Tar la dumonda 2: Per la "deliberaziun da singuls roms" sco adattaziun la pli gronda da las finamiras da l'instrucziun per scolaras e scolaras che vegnan promovids en moda integrativa pretenda l'art. 48 al. 2 da l'ordinaziun da scola ina permissiun da l'uffizi. L'uffizi per la scola populara ed il sport ha delegà questa incumbensa als inspecturats districtuals regiunals vischins a la scola. La procedura da permissiun standardisada en il chantun è sa cumprovada. Da returnar al sistem da la pussaivladad da la "nunelecziun" en il sector da las linguas estras obligatoricas na maina – tenor l'avis da la regenza – betg a la finamira. Pervia da quai sto la situaziun giuridica vertenta vegnir mantegnida.

Tar la dumonda 3: Ina deliberaziun da l'instrucziun da las linguas estras obligatoricas è tenor la legislaziun da scola respectiva pussaivla mo per scolaras e scolaras cun ina promoziun integrativa cun adattaziun da las finamiras da l'instrucziun. Scolas e scolaras pli flavelis senza adattaziun da las finamiras da l'instrucziun dependan d'ina instrucziun differenziada che resguarda las cumpetenzas da basa dal plan d'instrucziun. Per scolaras e scolaras da lingua estra valan disposiziuns spezialas che permettan – sin plaun da la scola – soluziuns individualas per las linguas estras obligatoricas a favur da la lingua da scola.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Interpellanza di frazione UDC concernente l'esonero dalle lezioni di lingue straniere in casi eccezionali nella scuola di avviamento pratico

Il 23 settembre 2018 si è tenuta la votazione sull'iniziativa sulle lingue straniere. Nel dibattito è stata richiesta a più riprese una possibilità di rinunciare in modo poco burocratico alle lezioni di lingue straniere da parte di allievi in difficoltà, come strumento per la promozione individuale. È tuttavia anche un dato di fatto che con l'introduzione del Piano di studio 21 non esistono possibilità di esonero dalle lezioni di lingue straniere per gli allievi della scuola di avviamento pratico.

Tuttavia, in casi ben motivati, un esonero dalla materia dovrebbe essere possibile quale regolamentazione applicata al singolo caso, soprattutto per allievi con promozione individuale con adeguamento degli obiettivi di apprendimento. In questo caso un esonero dalla materia corrisponderebbe al maggiore adeguamento degli obiettivi di apprendimento/alla maggiore promozione possibile.

Nel caso di allievi che hanno già grosse difficoltà a raggiungere gli obiettivi prioritari nella prima lingua e in matematica (o di allievi che hanno già obiettivi di apprendimento adeguati in entrambe le materie), la conclusione della scuola di avviamento pratico dovrebbe perlomeno consentire a questi giovani di seguire un tirocinio con certificato di formazione pratica. Per questa formazione professionale di base con certificato di formazione pratica (CFP) non sono però richieste conoscenze di lingue straniere. Per singoli allievi con adeguamento degli obiettivi di apprendimento, o in casi particolari anche per allievi senza adeguamento degli obiettivi di apprendimento (ad es. allievi con passato migratorio), dal punto di vista pedagogico può essere perciò senz'altro opportuno rafforzare soprattutto le competenze nelle materie principali matematica e prima lingua.

Finora questo esonero dalle materie è stato reso possibile in accordo con la direzione scolastica e concentrandosi sull'azione pedagogica, ovvero sul raggiungimento della migliore promozione possibile dell'allievo.

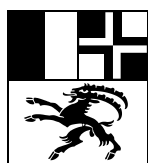
Ora la domanda di dispensa deve essere presentata dai titolari dell'autorità parentale all'Ispettorato scolastico tramite la direzione scolastica. Nella migliore delle ipotesi la durata di evasione della domanda è pari a circa 2 settimane.

Tuttavia, proprio per titolari dell'autorità parentale con passato migratorio è probabile che la formulazione della domanda di dispensa comporti enormi difficoltà, cosicché la direzione scolastica non solo dovrà presentare la domanda corredata della propria presa di posizione, bensì dovrà anche procedere all'effettiva formulazione della domanda.

1. Anche il Governo ritiene importante che le direzioni scolastiche nei tre anni di periodo di introduzione del Piano di studio 21 sfruttino il proprio margine di manovra per raccogliere valori empirici?
2. Il Governo è disposto a esaminare la possibilità di annullare lo spostamento dalla direzione scolastica all'Ispettorato scolastico della competenza decisionale relativa all'esonero ovvero alla dispensa dalle lezioni di lingue straniere come strumento per la maggiore promozione individuale possibile?
3. Il Governo condivide l'opinione secondo cui, in singoli casi motivati e ai sensi della migliore promozione pedagogica possibile, un esonero dalle lezioni di lingue straniere possa essere opportuno anche per allievi senza adeguamento degli obiettivi di apprendimento (ad es. giovani immigrati dopo l'infanzia)?

Coira, 12 febbraio 2019

Favre Accola, Hug, Brandenburger, Della Cà, Dürler, Gort, Koch, Salis, Weber, Jegen, Renkel



Seduta del

23 aprile 2019

Comunicato il

24 aprile 2019

Protocollo n.

296

Interpellanza di frazione UDC

concernente l'esonero dalle lezioni di lingue straniere in casi eccezionali nella scuola di avviamento pratico

Risposta del Governo

Fino a quest'anno scolastico, gli allievi del grado secondario I potevano eccezionalmente "abbandonare una lingua straniera nel settore delle materie obbligatorie" in conformità alle direttive cantonali vigenti in precedenza. In base alle intenzioni questo abbandono doveva limitarsi in primo luogo ad allievi nel quadro del sostegno integrativo con adeguamento degli obiettivi di apprendimento. Il consiglio scolastico poteva autorizzare l'abbandono su richiesta dei titolari dell'autorità parentale. Gli enti scolastici gestivano in modi molto differenti questa possibilità di abbandono. Alcune scuole con piano di studio di lingua tedesca autorizzavano l'abbandono della 1^a lingua straniera italiano per una parte considerevole di allievi di scuola di avviamento pratico e presso scuole con piano di studio di lingua italiana circa la metà degli allievi abbandonava la 2^a lingua straniera inglese. Per contro, in scuole con piano di studio di lingua romancia la materia inglese veniva abbandonata solo in casi isolati. A seguito di queste diverse possibilità di abbandonare le lingue straniere obbligatorie durante i tre anni scolastici del grado secondario I nonché dell'attuazione disomogenea da parte degli enti scolastici, al momento di passare al grado secondario II gli allievi della scuola popolare disponevano di conoscenze preliminari molto differenti riguardo alle lingue straniere. Con l'introduzione del Piano di studio 21 GR all'inizio dell'anno scolastico 2018/19, è stato introdotto il principio della parità di trattamento di tutte le materie obbligatorie ed è stata abolita la possibilità di abbandonare le lingue straniere. Quale novità il piano di studio attuale definisce competenze di base per i quattro settori disciplinari "matematica", "lingua di scolarizzazione", "1^a lingua straniera" e "natura, essere umano, società". La scuola quale istituzione e gli insegnanti hanno l'incarico di rendere possibile il raggiungimento di queste competenze di base nel quadro delle ore di insegnamento.

Dall'entrata in vigore della revisione totale della legge per le scuole popolari del Cantone dei Grigioni (legge scolastica; CSC 421.000) il 1° agosto 2013, l'esonero da

singole materie" è possibile nel quadro del sostegno integrativo con adeguamento degli obiettivi di apprendimento sia nel grado elementare, sia nel grado secondario I. Conformemente all'art. 48 cpv. 2 dell'ordinanza relativa alla legge scolastica (ordinanza scolastica; CSC 421.010) per questo è necessaria un'autorizzazione dell'Ufficio. Questa autorizzazione viene rilasciata entro al massimo due settimane lavorative secondo una procedura poco burocratica e standardizzata a livello cantonale. Con una breve lettera i titolari dell'autorità parentale chiedono all'ispettorato scolastico regionale che loro figlio venga esonerato da una materia. L'ispettorato accerta se la scuola abbia discusso insieme ai genitori della necessità di un esonero in conformità alle direttive cantonali e se la scuola garantisca una soluzione sostitutiva durante le lezioni non frequentate.

In merito alla domanda 1: come spiegato sopra, i valori empirici in relazione all'abbandono di lingue straniere obbligatorie sono noti a livello di singola scuola. All'occorrenza l'Ufficio per la scuola popolare e lo sport raccoglierà informazioni presso le scuole in merito alle esperienze fatte nel corso dei prossimi anni in relazione all'abolizione della possibilità di abbandonare lingue straniere obbligatorie.

In merito alla domanda 2: l'art. 48 cpv. 2 dell'ordinanza scolastica richiede un'autorizzazione dell'Ufficio per l'"esonero da singole materie" quale forma più ampia di adeguamento degli obiettivi di apprendimento per allievi con sostegno integrativo. L'Ufficio per la scuola popolare e lo sport ha delegato questo compito agli ispettorati scolastici regionali, vicini alle scuole. La procedura di autorizzazione standardizzata a livello cantonale si è dimostrata valida. Secondo il Governo non è opportuno ritornare al sistema con possibilità di abbandono nel settore delle lingue straniere obbligatorie, ragione per cui deve essere mantenuta la situazione di diritto vigente.

In merito alla domanda 3: conformemente alla legislazione scolastica in materia, un esonero dalle lezioni nelle lingue straniere obbligatorie è possibile esclusivamente per allievi con adeguamento degli obiettivi di apprendimento e sostegno integrativo. Gli allievi più deboli senza adeguamento degli obiettivi di apprendimento hanno bisogno di un insegnamento differenziato che tenga conto delle competenze di base del piano di studio. Per allievi alloglotti valgono disposizioni particolari che a livello di singola scuola permettano l'adozione di soluzioni individuali riguardo alle lingue straniere a vantaggio della lingua scolastica.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin